Artikel vom 10.03.2016 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 05:49 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/10-2016-buendnispartner-suchen

10/2016 - Bündnispartner suchen



Der landwirtschaftliche Berufsstand muss sich darum bemühen, die Landwirtschaft durch einen breiten gesell- schaftlichen Konsens langfristig und garantiert abzusichern. Stefan Sallen

Seit der Jahrtausendwende ist das Bundeslandwirtschaftsministerium mit „Nicht-Landwirten“ oder „Nicht-Landwirtinnen“ besetzt. Nicht zuletzt diese Tatsache dokumentiert, dass unsere Parteienlandschaft und unsere Parlamente städtisch geprägt sind. Für die Arbeit des landwirtschaftlichen Berufsstandes hat das Konsequenzen.

In den 50er und 60er Jahren pflegte man im parlamentarischen Bereich von einer „grünen Front“ zu sprechen, die mit den heutigen „Grünen“ gar nichts zu tun hat. Darunter verstand man damals eine parteiübergreifende, zumeist formlose und nur von Fall zu Fall sich bildende Vereinigung von Abgeordneten, die landwirtschaftliche Belange durchzusetzen versuchten. Ihr wurden jene Abgeordnete zugeordnet, die direkt aus der Land- und Forstwirtschaft kamen oder aus berufsständischen Organisationen, aus Verwaltungen sowie aus dem Schul- und Beratungswesen der Landwirtschaft.

Von einer solchen „grünen Front“ kann in unseren Parlamenten schon lange keine Rede mehr sein. Die Zahl der Landwirte oder sonstiger landwirtschaftlich Interessierten hat sich in der Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland von Wahl zu Wahl verringert. Insofern hat der Strukturwandel in der Landwirtschaft auch in diesem Bereich keinen Halt gemacht.

Gewiss tummelt sich – insbesondere in den Unionsparteien – noch der eine oder andere „Agrarier“. Aber bei den anderen Parteien? Man muss schon mit der Lupe suchen, um beispielsweise bei der SPD, den Grünen oder den anderen Parteien Abgeordnete mit landwirtschaftlichem Hintergrund zu finden. An der Feststellung, dass unsere Parteienlandschaft städtisch geprägt ist, geht kein Weg vorbei.

Wenn seit 2001 das zuständige Ministerium durch „Nicht-Landwirte“ oder „Nicht-Landwirtinnen“ besetzt ist, dokumentiert das diese Tatsache. Ertl, Kiechle, Borchert oder Funke hatten beispielsweise noch eine landwirtschaftliche „Bodenhaftung“. Aber Renate Künast? Juristin! Horst Seehofer? Verwaltungsangestellter! Ilse Aigner? Elektroingenieurin! Und der jetzige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt glänzt auch mit einem juristischen Staatsexamen. Ähnlich sieht es in Nordrhein-Westfalen aus, wo – sieht man einmal vom fünfjährigen Intermezzo eines Eckhard Uhlenberg ab – seit Jahrzehnten Fachfremde an der Spitze des Ministeriums stehen, das auch für die Landwirtschaft zuständig ist.

Man muss gewiss kein Bauer sein, um eine gute Landwirtschaftspolitik zu machen. Stallgeruch im wahrsten Sinne des Wortes wäre aber nicht schlecht, um sich gerade in Krisenzeiten in das Denken und Handeln der Bauernfamilien versetzen zu können. Natürlich entscheidet der Staat heutzutage nicht mehr über die Preise von Getreide, Milch oder Schweinefleisch. Er setzt aber Rahmenbedingungen und damit hat er Einfluss auf die Kosten, die auf die Betriebe zukommen können.

Für den landwirtschaftlichen Berufsstand hat ein solcher Trend natürlich Konsequenzen:

1. Der ständige Dialog mit den wenigen Agrarpolitikern der Parteien muss gepflegt werden. Nur mit einer gemeinsamen Linie kann das überhaupt gelingen, etwas für die Bäuerinnen und Bauern im Land zu erreichen.

2. Die Abgeordneten, die „von Ackerbau und Viehzucht“ keine Ahnung oder falsche Vorstellungen haben, müssen weiter „beackert“ werden, um auf die Wichtigkeit der kleiner werdenden Gruppe „Bauern und ihre Familien“ aufmerksam zu machen.

3. Nicht zuletzt muss sich der landwirtschaftliche Berufsstand darum bemühen, die Landwirtschaft durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens langfristig und garantiert abzusichern. Das ist in Zeiten, in denen der gesellschaftspolitische und mediale Wind den Bauern kräftig ins Gesicht bläst, leichter gesagt als getan. Insofern geht an einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, die durch gezielte Aktionen zu vermitteln versucht, dass „unsere Bauernfamilien das Vertrauen der Gesellschaft verdienen“, kein Weg vorbei.

Auch das eine oder andere Bündnis mit Natur- und Umweltschutzverbänden – so schwierig das im Einzelfall auch sein mag – kann dazu beitragen, wichtige landwirtschaftliche Belange im politischen Umfeld durchzusetzen. Darüber hinaus gehören die Vermarktungspartner und auch der Lebensmitteleinzelhandel mit ins Boot, die sich nicht auf Dauer eine goldene Nase auf Kosten der Landwirtschaft verdienen dürfen. Denn schließlich geht es auch um Arbeitsplätze, um die Erhaltung einer existenz- und entwicklungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft in breiter Streuung über alle Agrarregionen und nicht konzentriert auf einige strukturelle begünstigte Gebiete Deutschlands.